

Verbands- politische Rundschau

Analysen
Positionen
Informationen
Diskussionen

zur Arbeit der
Deutschen
Vereinigung
für
Politische Bildung

Report

Demokratie-Lernen in der Ukraine

Stand und Perspektiven

von *Karlheinz Dürr*

Die Ukraine, das größte Land mit rein europäischem Territorium, durchläuft seit ihrer Unabhängigkeit (1991) einen tiefgreifenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel, der sich seit der Orangenen Revolution von 2004 intensiviert und zu einer Fragmentierung der jungen ukrainischen Zivilgesellschaft beiträgt.

Im Bildungswesen spiegeln sich diese gesellschaftlichen Brüche teilweise wieder: Vor die Notwendigkeit gestellt, sich vom Ballast des sowjetischen Bildungsideals zu befreien, sieht sich die heutige Bildungspolitik mit gravierenden Problemen konfrontiert, für deren Lösung es dem Land jedoch an Ressourcen fehlt: ein antiquiertes pädagogisches Verständnis, chronische Unterfinanzierung, unzureichende Lehrergehälter, ein vielerorts schlechter baulicher Zustand der Schulen, veraltete Lehrbücher, überfrachtete Lehrpläne, unzureichende berufsbegleitende Weiterbildung und unterentwickelte Schuldemokratie. Neuere Konzepte zur Schule als demokratisches Lernumfeld werden in der Ukraine allenfalls punktuell diskutiert.

Bei alledem ist jedoch auch festzuhalten, dass die Ukraine in einigen Kernbereichen ihrer Reformbemühungen beachtliche Fortschritte erzielt hat, so mit Blick auf die Dezentralisierung ihres Bildungssystems, bei der Einführung von Bildungsstandards und den Ansätzen zur Entfrachtung von Lehrplänen. Unterricht in Projekten ist keine Seltenheit mehr, und nach einer großen Kraftanstrengung sind heute über die Hälfte der Schulen mit Computern ausgestattet. Immer mehr Schulen und Lehrerfortbildungsinstitutionen bemühen sich um internationale Kontakte auf der praktischen Ebene. Der allgemeine Prozess der Demokratisierung der Struktu-

ren und Inhalte im Bildungswesen wird von internationalen Organisationen (Weltbank, UNDP, EU) unterstützt und umfasst praktisch alle Formen und Stufen des Systems, so zuletzt konkret durch das EU-TACIS-Projekt „Civic Education Ukraine“ (2005–2008), in dem der Autor mitarbeitet und auf das unten noch näher eingegangen wird; die Maßnahmen und Ergebnisse des Projekts schaffen eine solide, umfassende Grundlage für die weitere Konsolidierung und Förderung des Demokratie-lernens in der Ukraine.

Zur Situation des Demokratielernens

Gromadjanska Osvita (Citizenship Education, (staats-)bürgerliche Bildung) wird in der Ukraine seit Anfang der 90er Jahre unterrichtet; seine Anfänge basierten auf amerikanischen Ansätzen zur Civic Education, die nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in der Ukraine wie überall in den post-kommunistischen Gesellschaften mit enormem personellem und finanziellem Einsatz propagiert wurden und die Bildungslandschaften dieser Länder in hohem Maße mitprägten.

Wie in anderen jungen postsowjetischen Demokratien steht hinter den allgegenwärtigen verbalen Zielsetzungen zum bürgerschaftlichen Demokratielernen die Sorge um die noch vage und ungefestigte Identifizierung des Einzelnen mit diesem neuen Staat. Nicht nur die amerikanischen Programme, sondern auch die Beteiligung und Mitwirkung der Ukraine am EDC-Projekt des Europarats ermöglichten es dem Land, die im internationalen und besonders im pan-europäischen Kontext diskutierten Prin-

zipien und Kriterien des Demokratieverstehens aufzugreifen und zu adaptieren.

Zum Kernbestand der ukrainischen Bildungspolitik gehört die Vermittlung staatsbürgerlicher Kompetenzen, von Wissen und Fertigkeiten, die die Entwicklung des Einzelnen auf der Grundlage von Menschenrechten, Demokratie, Identität und gegenseitiger Achtung garantieren sollen; auch soll die Entwicklung der schulischen Selbstverwaltung vorangetrieben werden.

Konkreter sind die Ziele in der Nationalen Doktrin zur Entwicklung der Bildung (2002) formuliert, in der die Bildung patriotischer, selbstbestimmter StaatsbürgerInnen mit Bewusstsein für die Erfordernisse der Zivilgesellschaft gefordert wird. Darin wird die staatsbürgerliche Bildung zu einem Hauptziel des nationalen Bildungswesens erklärt.

Lehrplan

Obwohl die staatsbürgerliche Bildung und Kompetenzvermittlung in den Bildungsgesetzen als ein Kernziel bezeichnet wird, gibt es kein eigenständiges Fach zur politisch-demokratischen Bildung. Sie ist im Rahmen des Lehrplans auf verschiedene Weise präsent, in der Praxis jedoch von der jeweiligen Spezialisierung (dem „Profil“) einer Schule abhängig. Die Arten der Vermittlung, die sich seither ergeben haben, unterscheiden sich nicht wesentlich von der Situation in vielen anderen Ländern Europas. Der optionale Charakter des Inhaltsbereichs im Curriculum gibt den Schulen die Freiheit, den Themenbereich

- in bestimmten Bezugsfächern inhaltlich zu verankern,
- als fächerübergreifendes Prinzip zu vermitteln und/oder
- in Verbindung mit schuldemokratischen und außerschulischen Aktivitäten in eher handlungsorientierten Prozessen umzusetzen.

Nach einer vom Autor an rund 150 Schulen initiierten Erhebung zum Status und zur Praxis der Citizenship Education wird der Themenbereich in rund 40 % der Schulen als curriculares Prinzip im Rahmen bestimmter Bezugsfächer wie (ukrainische und Welt-)Geschichte, Geo-

grafie, Rechtskunde, Wirtschaft oder Ethik vermittelt, während sich ein etwa gleicher Anteil von Schulen eher auf Projektarbeit oder schulische und außerschulische Aktivitäten fokussiert. Tatsächlich werden in vielen Schulen Formen der Schülermitsprache, nicht selten in Verbindung mit außerschulischen Aktivitäten, als Eckpfeiler der Vermittlung demokratischer Fähigkeiten und Kompetenzen verstanden. Darüber hinaus werden in den Klassen 11 und 12 fakultative spezielle Kurse wie „Mensch und Gesellschaft“ angeboten.

Insgesamt jedoch scheint die optionale Vermittlung politisch-demokratischer Inhalte im Rahmen von Bezugsfächern am weitesten verbreitet zu sein. Da es sich dabei ausnahmslos um Fächer handelt, deren Anteil am Wochenstundenplan in der Regel ein, höchstens aber zwei Stunden beträgt, ist davon auszugehen, dass spezifisch politisch-demokratischem Lehren und Lernen ein nur sehr begrenzter Zeitumfang gewidmet wird. Diese trotz aller politischer Rhetorik unübersehbare Marginalisierung stellt ein Problem dar; es hilft auch nicht, auf ähnliche Trends in anderen Ländern Europas zu verweisen: Insbesondere in postsowjetischen Bildungssystemen besteht nun einmal eine besonders dringliche Notwendigkeit zu fundiertem Demokratielernen in realen, lerner- und handlungsorientierten Kontexten.

Inhalte

Die zitierte Umfrage zeigt, dass in der Wissensvermittlung die systembezogenen, inhaltlichen Grundelemente präferiert werden. Deutlich schwächer wurde die Frage nach der thematischen Abdeckung von gesellschaftlichen Fragen eingeschätzt. Immerhin 31 % der befragten Schulen erklärten, der Themenbereich „Minderheiten und interkultureller Respekt“ würde nur „unzureichend“ oder „gar nicht“ behandelt, und noch höher (42 %) war die Unzufriedenheit über die thematische Abdeckung internationaler Politik, ein für ukrainische Verhältnisse hoher Anteil an kritischen Stimmen.

Neben den curricular reglementierten Unterrichtsinhalten gibt es jedoch auch eine erstaunliche Fülle von pro-

jektähnlichen schulischen und außerschulischen Aktivitäten, in denen soziale und gesellschaftliche Themen bearbeitet werden, so zum Beispiel im Rahmen der vom EU-Projekt Civic Education Ukraine verwirklichteten „Miniprojekte“ zu Umwelt-, Gesundheits- oder Menschenrechtsfragen. Schulprojekte, häufig auch von den Schülern selbst initiiert, werden mit großem Stolz präsentiert. In vielen Schulen haben sich Europa-Clubs etabliert, eine von Polen ausgehende Bewegung, die in der Ukraine häufig in Bezug zu den 2002 eingeführten fakultativen Kursen „Europastudien“ stehen und eine Vielzahl von Eigeninitiativen, Schulaktionen, Kleinprojekten und internationalen Kontakten umfassen, bei denen Schüler und Lehrer freiwillig zusammenwirken.

Im konkreten Unterricht herrscht, wie der Autor bei einer großen Zahl von Schulbesuchen beobachten konnte, in der Regel große diskursive Offenheit, die auch kontrovers geführte Diskussionen zulässt und ermutigt – bei denen allerdings nicht selten auch die Entfremdung der Jugendlichen von der Politik und den Politeliten der Ukraine durchscheint. Dass sich im Unterricht hinsichtlich der Methodenvielfalt, der Modernität und der Verwendung neuer Technologien nicht nur ein starkes Stadt-Land-, sondern auch ein generationsbedingtes Gefälle zeigt, dürfte nicht überraschen. Insgesamt herrschen eher traditionelle Vermittlungsformen vor, aus denen jedoch stetig wachsende Inseln der Modernität herausragen.

Lehrerfortbildung

Die Erstausbildung von Lehrern erfolgt wie in Deutschland primär an Universitäten und vergleichbaren pädagogischen Einrichtungen; die berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung ist hingegen in weitaus stärkerem Maße institutionalisiert und reglementiert. Sie erfolgt an den 27 Lehrerfortbildungsinstituten (Post-universitäre Bildungsinstitute) in den Regionen; auch die Fakultäten der Pädagogischen Universitäten bieten Fortbildungskurse an.

Ukrainische Lehrkräfte sind verpflichtet, alle fünf Jahre an einer ein-

monatigen Fortbildung im zuständigen regionalen Lehrerfortbildungsinstitut (Umfang 144 Stunden) zu ihrem Fach teilzunehmen, die sie mit einer Prüfung abschließen. Rein formell betrachtet, hat die Ukraine somit recht gute Grundstrukturen der Lehrerfortbildung, die jedoch im Blick auf die Inhalte und Methoden sozialwissenschaftlicher Fächer nicht zeitgemäß sind: Viele der Lehrerfortbildungsinstitute sind stark theorie-lastig, wenig aktualitätsbezogen und häufig auch an antiquierten pädagogischen Modellen des kognitiven Wissenstransfers ausgerichtet; nur einige wenige, fortschrittliche Institute messen einer lerner-, praxis- und methodenorientierten Weiterbildung größere Bedeutung bei. Defizitär ist auch die Einbeziehung von neuen Informations- und Kommunikationsmedien. Viele Lehrer klagen über mangelnde Effizienz und Qualität der Fortbildung; auch fehlt eine wirksame Evaluation und Qualitätssicherung. Das Fünfjahresmodell ist überwiegend ungeeignet, den zentralen Weiterbildungserfordernissen von Politik-/Demokratielehrern zu entsprechen – also ihren Wissensbestand ständig zu aktualisieren, innovative methodische Ansätze zu stimulieren, den Erfordernissen fächerübergreifenden Lehrens gerecht zu werden, sie mit den nötigen methodischen und didaktischen Konzepten und Kompetenzen auszustatten und ihnen einen fundierten Umgang mit neuen Technologien im politisch-demokratischen Unterricht zu ermöglichen.

Eine Strategie für einen umfassenden Ansatz zur Lehrerfortbildung im Bereich des Demokratielernens ist nicht in Sicht. Aufgeschlossene Institute arbeiten schon seit Langem mit internationalen Projekten z.B. der EU und der Weltbank zusammen, um für die Lehrerfortbildung relevante Materialien und Kurssysteme zu entwickeln. Dringend benötigt werden jedoch vor allem qualifizierte Fachberater für das Demokratielernen und die Menschenrechts-erziehung und die Einrichtung kleiner „Kompetenzzentren“ für diese Lernbereiche an den regionalen Bildungsbehörden bzw. den Lehrerfortbildungsinstituten. Dies sind denn auch zentra-

le Empfehlungen, die im EU-Projekt formuliert wurden.

Internationaler Austausch

Die Einbindung der Ukraine in den internationalen Bildungsaustausch ist für ein Land dieser Größe unzureichend. Dafür gibt es mehrere Gründe: Besonders älteren Schulleitern, Lehrern und Multiplikatoren mangelt es an Fremdsprachenkenntnissen, so dass sie schon aus diesem Grunde vor einer Kontaktaufnahme mit potenziellen Partnern im Ausland zurückschrecken. Als Faustregel lässt sich feststellen: Verfügt ein Schulleiter über Englischkenntnisse, bestehen häufig Kontakte zum westeuropäischen Ausland; spricht er nur Ukrainisch oder Russisch, verfügt die Schule „nur“ über Kontakte zu Ländern wie Polen, (Weiß-)Russland oder Slowakei. Hinzu kommen fehlende Finanzressourcen und geringe nationale Fördermöglichkeiten. Ein besonders hohes Hindernis ist jedoch auch das mangelnde Interesse auf Seiten (west-)europäischer potenzieller Partner an einem Austausch mit ukrainischen Schulen, dessen Ursache natürlich ebenfalls meist im sprachlichen Bereich liegt.

Konsolidierung des Demokratielernens: das EU-Projekt „Civic Education Ukraine“

Das mit 2,1 Mio € ausgestattete Projekt nahm seine Arbeit im März 2005 auf und wird im März 2008 abgeschlossen. Im EU-Grundlagenpapier wird die Übereinstimmung hervorgehoben, die hinsichtlich der Bedeutung bürgerlicher Bildung für die Entwicklung der Ukraine bestehe und die durch eine Reihe wichtiger Dokumente und Verlautbarungen offizielle Anerkennung gefunden habe. Der Auftrag des Projekts formuliert denn auch die „Prioritäten“ der Arbeit: einen „schüler- bzw. lernerorientierten“ Ansatz in die ukrainische Diskussion einzubringen, den Gegenstandsbereich im nationalen Curriculum vor allem mit Blick auf die obere Sekundarstufe (Klassen 10–12) als fächerübergreifendes Prin-

zip zu konsolidieren, die Notwendigkeit zu lebenslangem Lernen zu betonen und auch für Gruppen mit besonderen Lernbedingungen einen gleichen Zugang zu qualitativvoller Bildung im Demokratielernen sicherzustellen. Zugleich sollte das Projekt die Integration der Ukraine in den europäischen Bildungsraum befördern.

Die Projektarbeit basiert auf fünf Komponenten: Curriculumentwicklung, Lehrerfortbildung, Außerschulische Aktivitäten, Angebote für besondere Lerngruppen und Gleichheitsfragen. In all diesen Bereichen wurden eine Vielzahl von Aktivitäten verwirklicht, von der Analyse einschlägiger Bildungsdokumente und der Formulierung eines Kompetenzkatalogs für das Demokratielernen über Lehrerfortbildungsmaßnahmen, Workshops und außerschulischen Mini-projekten bis hin zur Veröffentlichungen von Lehrerhandbüchern und einer Studienexkursion nach Deutschland.

Das Projekt hat dazu beigetragen, den Status des Demokratielernens zu stärken. War es bislang nur ein vages Ziel gewesen, das von den nationalen Gesetzen, bildungspolitischen Verordnungen und Dokumenten gewissermaßen impliziert, aber nicht konkret etabliert worden war, so hat es nun für die beiden letzten Sekundarklassen den Status eines im Curriculum explizit enthaltenen fächerübergreifenden Prinzips. Für die Bildungspolitik formulierte das Projekt vier Empfehlungen: Erstens, einen nationalen Grundlagenkonsens über bürgerliche Bildung herbeizuführen, der angesichts der tiefen Spaltung der ukrainischen Gesellschaft von zentraler Bedeutung wäre, um so zur weiteren Festigung des Demokratielernens im nationalen Curriculum beizutragen. Zweitens, die Strukturen und Inhalte einer effektiveren Lehreraus- und -fortbildung zum Demokratielernen an den Pädagogischen Universitäten und Lehrerfortbildungsinstituten neu zu bestimmen. Drittens, die Schule als demokratischen Lernort und als Lerngemeinschaft weiterzuentwickeln, und viertens für den Bereich des Demokratielernens wirksame Prozesse zur Evaluation, Ergebnissicherung und Qualitätsentwicklung einzuführen.